

Zusammenfassung des Gesprächsverlaufes im Workshop „Politische Erklärung“

Zu Beginn wurde eine Diskussionsvorlage verteilt und die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, in einer 5-minütigen Lesepause den Text zur Kenntnis zu nehmen.

Da bereits zu Beginn es Teilprojektes in den ersten Plenarrunden übereingekommen worden war, die Arbeit des Teilprojektes mit einer politischen Erklärung abzuschließen, bedurfte es keiner weiteren Erörterung der „Sinnfrage“ (warum eine politische Erklärung etc.). Allerdings wurde der entsprechende Textpassus in der Diskussionsvorlage kritisch hinterfragt. Es ging dabei insbesondere um die Frage, wie die Heterogenität der städtischen und ländlichen Räume gegeneinander und im Verhältnis zur Metropole gewichtet werden soll und wie man zu einer positiveren Selbstdarstellung der ländlichen Räume kommen kann.

Bei den „allgemeinen Grundsätzen“ wurde diskutiert, ob der Begriff „regionale Einheit“ nicht zu sehr mit einer politischen Einheit in Verbindung gebracht werden könnte, und ob nicht der Bezug zur Funktionalität treffender wäre. Ferner wurde angeregt, die Funktion Hamburgs als Wachstumsmotor und Schaufenster der Region noch um einen europäischen und globalen Bezug zu erweitern.

Für eine weitere inhaltliche Auseinandersetzung auch mit den „speziellen Handlungsfeldern“ reichte leider die Zeit nicht. Denn es sollte noch besprochen werden, wie mit einem fertigen Entwurf umgegangen werden soll, konkret: wer sollte erklären und in welcher Form soll dies geschehen, wie wird die Erklärung dementsprechend legitimiert? Der Vorschlag, dies zum einen durch den MORO-Lenkungsausschuß, zum anderen aber auch zusätzlich durch den Regionalrat der Metropolregion, bzw. in den Teilräumen, die nicht Mitglied der Metropolregion sind, durch die Ländräte (S-H) bzw. die Lenkungsorgane der Planungsregionen (M-V), zu tun, fand allgemeine Zustimmung. Dieses Thema wird aber trotzdem noch weiter zu erörtern sein.

Die Zeitknappheit war das Ergebnis einer engagierten und am konkreten Thema orientierten Diskussion. Deshalb haben die Teilnehmer vereinbart, zu den noch offenen Textpassagen schriftlich Stellung zu nehmen. Eine daraus erstellte neue Version der Diskussionsgrundlage soll dann noch einmal bei einem weiteren Treffen im persönlichen Gespräch abgestimmt werden.

Das „Recht“ zu schriftlichen Anmerkungen und Änderungsvorschlägen ist allerdings nicht auf den Teilnehmerkreis des Workshops beschränkt. Der Unterzeichner freut sich über jede diesbezügliche Zuschrift (zu richten an: peter.steen@stk.mv-regierung.de) !

Peter Steen